

Antrag der Fraktion der CDU**18. März zum „Tag der parlamentarischen Demokratie in Deutschland“ erklären**

Die friedliche Revolution in der DDR hatte mit den ersten freien, allgemeinen, unmittelbaren, gleichen und geheimen Wahlen zur Volkskammer am 18. März 1990 und der Verwirklichung der parlamentarischen Demokratie ihr wesentliches Ziel erreicht. Diese Volkskammerwahlen waren der Auftakt für den Aufbau einer freiheitlichen, rechtsstaatlichen und föderalen Ordnung, die die DDR zur Wiedervereinigung mit der Bundesrepublik Deutschland führte. Eine solche Einheit in Frieden und Freiheit war bereits 150 Jahre zuvor das angestrebte Ziel der Deutschen. Im Zuge der Revolution von 1848/1849, die zur Nationalversammlung in der Paulskirche führte, kam es am 18. März 1848 zu Straßenkämpfen in Berlin.

Beide Ereignisse zeigen, dass der Weg zu einem in Frieden und Freiheit vereinten Deutschland in anerkannten Grenzen und auf dem Fundament einer freiheitlichen, demokratischen und rechtsstaatlichen Ordnung lang und steinig gewesen ist. Mit dem Untergang des SED-Unrechtsregimes der DDR wurde 1989/1990 das letzte Hindernis beseitigt. Der „Tag der Demokratie in Deutschland“ am 18. März soll ein Bewusstsein für die Errungenschaften der parlamentarischen Demokratie und des demokratischen Verfassungsstaates erhalten, an den langen Weg in der deutschen Geschichte zu dieser Staatsform erinnern und Anlass für die Auseinandersetzung mit den Gegnern dieser Ordnung in Vergangenheit und Gegenwart sein.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, im Bundesrat den Antrag des Freistaats Thüringen mit der BR-Drs. 406/2/08 vom 2. Juli 2008 zu unterstützen, mit der der 18. März künftig als deutschlandweiter Gedenktag an die Errungenschaften der parlamentarischen Demokratie und des demokratischen Verfassungsstaates erinnern soll.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) verpflichtet sich, für das Land Bremen jeweils am 18. März eine zentrale Veranstaltung zum „Tag der parlamentarischen Demokratie“ im Haus der Bürgerschaft durchzuführen.

Dr. Rita Mohr-Lüllmann, Heiko Strohmann, Dieter Focke,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU